

Presseinformation

Kiel, den 15.06.2005

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Anke Spoorendonk

TOP 11 Mitwirkung bei der Subsidiaritätskontrolle Drs. 16/110

Der Vertrag über eine Verfassung in Europa gibt den nationalen Parlamenten die Möglichkeit, die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungskompetenz – in Deutschland also die Landtage - am so genannten Frühwarnsystem zur Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu beteiligen. Der Antrag der Regierungsfractionen, die Exekutive darum zu bitten, dem Landtag Vorschläge für ein geeignetes Beteiligungsverfahren zu unterbreiten, ist daher grundsätzlich sinnvoll.

Der Ratifizierungsprozess für die EU-Verfassung ist aber ins Stocken geraten. Das sollten wir berücksichtigen. Franzosen und Niederländer haben den anstehenden nächsten Schritt des europäischen Einigungsprozess mehrheitlich abgelehnt. Wir müssen das Projekt Europa neu denken und wieder mit einer bürgernahen Vision zu verbinden.

Was heißt in diesem Zusammenhang bürgernah? Es geht nicht um die geografische Entfernung zu Brüssel, sondern vielmehr um nachvollziehbare Entscheidungen und klare Kompetenzen der EU.

Zwei Prinzipien müssen wir streng im Auge behalten:

Erstens: Eine klare Zuständigkeitsaufteilung und strikte Kompetenzgrenzen. Es sollte klar sein und für den Bürger leicht nachvollziehbar, wofür die EU zuständig ist und wofür die nationalen Ebenen Verantwortung tragen. Die Außen- und Verteidigungspolitik oder die Geldpolitik sollten europäisch geregelt werden. Europäische Standards z. B. in der Gesundheitspolitik mögen hier und da wünschenswert sein, aber sie sind bestimmt nicht zwingend. Möglichen Zentralisierungstendenzen Brüssels sollten daher klare Grenzen gesetzt werden. Wer die Zeche bestellt, soll sie auch bezahlen.

Zweitens: Der grundlegende Webfehler des deutschen Föderalismus darf nicht wiederholt werden. In Deutschland wurden Zuständigkeiten zu Lasten der Legislative und in den Ländern und zu Gunsten der Exekutive, also den Landesregierungen und dem Bundesrat, verschoben. Das erweist sich als Hauptgrund der politischen Starre der Berliner Republik. Das Ringen um politische Lösungen muss aus den verschlossenen Räumen – ob nun EU-Kommission oder Vermittlungsausschuss - wieder in die Parlamente zurückkehren. Nur so hat der Bürger die Chance, politische Konflikte und Kompromisse nachzuvollziehen. Ansonsten fühlt er sich nur als Opfer technokratischer Sachzwänge und verweigert die Gefolgschaft.

Der SSW weiß sehr wohl, dass der Landtag nicht Herr des Verfahrens ist. Europa sollte uns aber so wichtig sein, dass wir uns nicht nur mit einem möglichst reibungslosen Beteiligungsverfahren beschäftigen, bei dem wir genauso wie bei Staatsverträgen letztendlich nur abnicken können. Wir müssen uns auch mit Europa als Vision auseinandersetzen und mit der Frage, warum diese Vision den Bürgern zunehmend abhanden kommt.

In diesem Sinne möchte ich die Kollegen im Europaausschuss auffordern, sich als Frühwarnsystem im weitesten Sinne zu verstehen und nicht nur als Fristenwahrer bei komplexen Beteiligungsverfahren für EU-Richtlinien.